

Ausgabe Nr. 6 | 2020
www.cdu-bonn.de



KREISVERBAND BONN

Union Kurier

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Unsere Wirtschaft stärken –
wie schaffen wir den Kraftakt?



Titelbild: ehemaliges Bundeskanzleramt Bonn

Zukunft Bonn/Berlin

Arbeitsteilung zwischen den Dienstsitzen Bonn und Berlin funktioniert

■ Von Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Vor 26 Jahren wurde das Bonn-Berlin-Gesetz beschlossen und das Thema ist immer noch aktuell. Damals wurde festgelegt, dass es zukünftig eine faire Arbeitsteilung des Bundestages und der Bundesregierung zwischen der Bundesstadt Bonn und Bundeshauptstadt Berlin geben sollte. Bis heute haben sechs von 14 Ministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn. Ministerien mit erstem Dienstsitz in Berlin, haben einen zweiten Dienstsitz in Bonn, so auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Seit jeher ist die Lösung mit zwei Regierungsstandorten in der Kritik. Gegner betonen vor allem die jährlichen Kosten durch Ausstattung und Unterhalt von Grundstücken, Pendelverkehr und Trennungsgeld sowie Arbeitszeitverluste und Ineffektivität durch die Reisen zwischen den Standorten. Die zweijährig vorgelegten Berichte zu den Teilungskosten belegen aber, dass die Arbeitsteilung sich in vergangenen Jahren bewährt hat und funktioniert. Auch im aktuellen Bericht 2019 liegen die Kosten unter den vom Bundesrechnungshof prognostizierten Kosten von jährlich 10 Millionen Euro. Seit Jahren ist allerdings ein stetiger Stellenabbau zugunsten von Berlin zu beobachten. Dabei sollten per Gesetz 60% der ministeriellen Stellen in Bonn bleiben. Auch im Haushaltsjahr 2019 hat sich die Aufteilung beim Personal weiter zugunsten des Dienstsitzes Berlin entwickelt; im Vergleich zu 2017 mit 33,1% sank der Anteil für Bonn auf 30,5%. Diese seit Jahren schleichende Entwicklung ist ein klarer Verstoß gegen das Bonn-Berlin-Gesetz.

Der Bericht zeigt aber auch, dass Dienstreisen um mehr als 10% reduziert wurden und dass alle Ressorts bestrebt sind, Dienstreisen zwischen den Ressorts weiterhin auf das zwingend notwendige Maß zu reduzieren. Fast alle Ressorts konnten durch technische Optimierungsmöglichkeiten Effizienzsteigerungen erreichen. Insbesondere seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin gut funktioniert. Neue Spielräume für mobiles Arbeiten, Video- und Telefonkonferenzen sowie Homeoffice und flexible Arbeitszeiten haben zur Optimierung

der Arbeitsabläufe beigetragen und gezeigt, dass im digitalen Zeitalter die reibungslose Zusammenarbeit auch auf Distanz möglich ist.



Mein Ministerium hat sich mit einer Bonn-Erklärung 2019 bereits eindeutig zur Stabilität des Standortes Bonn bekannt. Insbesondere die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten – derzeit sind es 314 – wird sehr genau verfolgt und es wird versucht, ausscheidende Mitarbeiter schnellstmöglich durch neue KollegInnen nach zu besetzen. Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Entwicklungsperspektiven an beiden Standorten und für alle Laufbahnen gleichwertig sind. Darüber hinaus wollen wir bei Verlagerung einer Führungsposition nach Berlin einen adäquaten Ausgleich durch Ansiedlung einer gleichwertigen Führungsposition in Bonn schaffen. Wir haben eine Betriebsvereinbarung getroffen, dass alle Abteilungen Sorge dafür tragen, dass die dafür geschaffenen Leitlinien zur Stärkung und Stabilisierung des Standortes Bonn umgesetzt werden. Die Videokonferenztechnik wurde für die gesteigerten Anforderungen verbessert und es wurden mehr Videokonferenzräume in Bonn und Berlin eingerichtet. Die digitale Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Dienstsitzen funktioniert reibungslos. Dienstreisen können auf ein Minimum reduziert werden, damit sparen wir einerseits Kosten und sind gleichzeitig Vorbild in Sachen Klimaschutz. In Bonn wird demnächst eine eigene Kindertagesstätte mit modernem Betreuungskonzept eingerichtet.

Die Personal- und Organisationsplanung für den Standort Bonn wird transparent gestaltet. Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen werden im Rahmen regelmäßiger Gespräche unterrichtet und die Beschäftigten werden in den Personalversammlungen informiert.

Insgesamt sind wir damit ein attraktiver, mitarbeiterfreundlicher Arbeitgeber für die gesamte Region Bonn/Rhein Sieg.



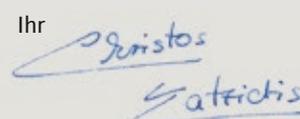
Editorial

Das Jahr 2020 wird als das „Corona-Jahr“ in die Geschichtsbücher eingehen. Aber auch als das Jahr, in dem Joe Biden zum 46. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Es war das Jahr, in dem unser Parteimitglied und Freund der Bonner CDU, Dr. Nobert Blüm, plötzlich verstarb. Es war leider auch das Jahr, in dem wir uns nach der Kommunalwahl wieder in der Oppositionsrolle zurechtfinden müssen.

Ich danke allen, die sich in den vergangenen Wochen an der Aufarbeitung beteiligt haben und sich weiterhin beteiligen werden, damit wir ab Februar unseren Blick nach vorne richten können. Die nächste Wahl steht unmittelbar bevor. Unsere **Aufstellungsversammlung** für die Bundestagswahl 2021 werden wir am **Samstag, den 27. Februar 2021 um 10:00 Uhr** durchführen. Für die Monate Januar und Februar sind Vorstellungsveranstaltungen in den Stadtbezirken geplant. Ob diese Veranstaltungen tatsächlich oder virtuell stattfinden, ist selbstverständlich vom weiteren Verlauf des Infektionsgeschehens und der Pandemieentwicklung abhängig. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden in der ersten Ausgabe des Union Kuriers bekannt gemacht. Einsendeschluss für die Beiträge der gemeldeten Kandidatinnen und Kandidaten zur Bekanntmachung im Union Kurier ist der 15. Januar 2021. Interessenten können sich gerne bei mir melden. Ich stehe jederzeit für Fragen zur Verfügung.

Bis dahin wünsche ich Ihnen bereits jetzt ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein glückliches neues Jahr.

Herzlichst

Ihr


Christos Katzidis

Es war wichtige Forderung der CDU, im Koalitionsvertrag 2018 ein erneutes Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz zu verankern. Das war uns besonders wichtig, denn würde ein solcher Bezugspunkt fehlen, würde das als Aufgabe der Aufgabenverteilung zwischen Bonn und Berlin interpretiert werden können und den „Rutschbahneffekt“ zugunsten Berlins beschleunigen. Schon seit 2008 wird das Gesetz nicht mehr eingehalten, da seitdem die Mehrzahl der ministeriellen Arbeitsplätze in Berlin angesiedelt und nur noch ca. ein Drittel in Bonn verblieben ist. Für die Region würde ein weiterer Abbau strukturelle Verwerfungen auf verschiedenen Ebenen bedeuten. Für die CDU und für mich bleibt unumstößlich: Bonn bleibt zweites bundespolitisches Zentrum. Wir zielen darauf hin, dass der Bund dazu mit der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler und den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung schließt (Bonn-Vertrag). Damit verfolgen wir das Ziel nach geordneter Entwicklung statt schleichendem Abbau von Ministeriumsposten in Bonn. Wir brauchen ein dauerhaftes Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz.

Die Region soll als Verwaltungsstandort und Kompetenzzentrum des Bundes, zugleich auch als UN-Standort gestärkt werden. Hierbei sind insbesondere die 6 Ministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn Grundlage für die Fortentwicklung von vier wesentlichen Kompetenzbereichen: Bonn als Kompetenzzentrum für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bonn als Kompetenzzentrum für Internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung,

Bonn als Kompetenzzentrum für Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste und Bonn als kulturelles Zentrum Darüber hinaus soll der UN-Standort in Bonn durch die Ansiedlung weiterer Institutionen der Vereinten Nationen ausgebaut werden. Gleichzeitig brauchen wir Investitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und des Bahnnetzes. Der Bonn-Vertrag ist wichtig für die Region. Ich werde mich weiterhin, insbesondere auch bei Innenminister Seehofer dafür stark machen.

Doch nun sollten wir die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit für eine besinnliche und erholsame „Auszeit“ nutzen, um Kraft und Zuversicht zu tanken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne Weihnachtszeit, friedvolle Feiertage im Kreise Ihrer Lieben und für das neue Jahr 2021 von Herzen alles erdenklich Gute, viel Glück, Erfolg und Zufriedenheit! Und vor allem: bleiben Sie gesund und optimistisch!

Ihre
Elisabeth Winkelmeier-Becker

Corona-Krise

Solidarität mit der kommunalen Ebene

■ Von Guido Déus MdL, kommunalpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion NRW

Seit dem Frühjahr sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft massiv von der COVID-19-Pandemie und mit ihr im Zusammenhang stehenden Herausforderungen beeinflusst. In Abhängigkeit der epidemiologischen Entwicklung werden wir wohl noch für eine gewisse Zeit mit gravierenden Veränderungen und Einschränkungen leben müssen.

Zur Bewältigung der direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie handelte unsere NRW-Landesregierung unverzüglich und beschloss im März mit dem Nachtragshaushaltsgesetz und dem Rettungsschirmgesetz über 25 Mrd. Euro Maßnahmepakete von großem Umfang. Neben direkten staatlichen Hilfen, wurden die Konditionen für Darlehen und Bürgschaften verbessert. Sämtliche landesseitigen Hilfen sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen und steuerlichen Maßnahmen des Bundes zielen darauf ab, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt sowie Menschen in dieser Ausnahmesituation zu stützen. Im Gegenzug führen die notwendigen Unterstützungen gegen die pandemiebedingten wirtschaftlichen Folgen zu einer erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte auf allen staatlichen Ebenen.

Städte und Gemeinden sind landesweit direkt und unmittelbar mit den Auswirkungen der Pandemie konfrontiert. Ihnen verlangt die Krise viel ab, personell, wie finanziell. Der massive Einbruch der kommunalen Einnahmen bei gleichzeitigen erhöhten, pandemiebedingten Ausgaben, hat unmittelbare Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte in 2020 und voraussichtlich auch für die Folgejahre 2021/2022.

Nach Angaben des Statistischen Landesamts sind die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus den Gewerbesteuern im zweiten Quartal 2020 drastisch gesunken. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum belaufen sich allein die Mindereinnahmen auf rund 1,6 Mrd. Euro. Dies wiegt besonders schwer, da es sich

bei der Gewerbesteuer, neben der Grundsteuer, um die wichtigste kommunale Einnahme handelt. Zudem sind die gemeindlichen Anteile an der Umsatz- sowie der Einkommenssteuer deutlich gesunken. Situationsverschärfend wirken auch kommunale Einnahmeausfälle, beispielsweise in den Bereichen Kultur und ÖPNV. In der Konsequenz steht die kommunale Ebene vor Haushaltslöchern größter Dimension!

Die im Koalitionsausschuss von Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen stellen wichtige Hilfestellungen für die kommunale Ebene dar. Konkret werden z.B. die für 2020 zu erwartenden krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer durch Zuweisungen kompensiert. Das NRW-Kabinett unter Ministerpräsident Armin Laschet hat beschlossen hierfür 2,72 Mrd. Euro für 2020 zur Verfügung zu stellen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), in dem die finanziellen Zuweisungen des Landes für die Kommunen und Kreise geregelt ist, wird mit rund 13,6 Mrd. Euro in 2021 ein in NRW nie dagewesenes Rekordvolumen erreichen. Auch für Bonn bedeutet dies eine Rekordzuweisung von rund 183,4 Mio. Euro. Das sind rund 14,7 Prozent mehr, als im Jahr zuvor.

Fazit: Wir stellen sicher, dass die Pandemiebedingten Schäden in den Haushalten transparent und isoliert dargestellt, die kommunale Liquidität sowie die kommunalen Investitionsmöglichkeiten in der Krise gesichert werden und dass Planungssicherheit für unsere Kommunen entsteht. Die Menschen und Unternehmen in NRW können darauf vertrauen, dass die kommunalen Strukturen in NRW auch in Krisenzeiten funktionieren!



Ministerpräsident Armin Laschet und Guido Déus MdL

Aus dem Europäischen Parlament

Die Brexit-Folgen...

■ Von Axel Voss MdEP

Großbritannien verlässt die EU am 31. Dezember 2020 endgültig. Über das wie wird nach wie vor verhandelt. Der harte Brexit scheint jetzt immer wahrscheinlicher zu werden, denn britische Regierungsvertreter und EU-Diplomaten können sich nicht auf einen gemeinsamen Austrittsvertrag einigen. Zwar hat es in den letzten Wochen Fortschritte gegeben, aber es bestehen eben noch ganz erhebliche Differenzen, so dass man keineswegs von einem Durchbruch sprechen kann. Zur Erinnerung: Bereits am 31. Januar 2020 hat Großbritannien die EU verlassen. Seitdem gilt eine politische Übergangsphase.

Ein harter Brexit ohne Austrittsabkommen hätte für Großbritannien und die Briten weitreichende Folgen. Das Vereinigte Königreich würde bei einem ungeordneten Austritt die Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt und auch in der Zollunion verlieren. Die Unsicherheit über das zukünftige Verhältnis der Briten zur EU veranlasst viele Unternehmen, ihre Produktion auf das Festland zu verlegen. Großbritanniens Exporte sind also stark betroffen. Ein Beispiel: Großbritannien exportiert über 40 Prozent der gefertigten Autos in die EU. Von den 190.000 Arbeitsplätzen in dieser Sparte könnten in zehn Jahren nur noch die Hälfte bestehen. Eine Studie der London School of Economics schätzt, dass die britische Wirtschaft in den nächsten zehn Jahren um rund sechs Prozentpunkte weniger wachsen würde, als wenn das Land noch in der EU wäre. Es droht eine Rezession.

Sollten sich die Briten und die EU auf kein Austrittsabkommen einigen können, müssen Waren und Personen

Sparen, Bürokratie abbauen, Wachstum fördern statt Steuern erhöhen

■ Von Dr. Michaela Ramirez-Schulschenk, Beisitzerin im Kreisvorstand

Viele Bürger sorgen sich, dass die zusätzlichen Kredite zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland und Europa zu weiteren Steuererhöhungen führen werden.

Schon heute aber ist die Steuerbelastung der Bürger und Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch. Nach der vergangenen OECD-Studie „Taxing Wages“ liegt Deutschland bei der Belastung seiner Bürger auf Platz 2. Im „Doing-Business-Index“ der Weltbank sind wir von Platz 14 in 2015 auf Platz 24 in 2019 gefallen.

Deutschland wurde schon lange vor Corona für die Wirtschaft unattraktiver. Es bewegt sich bspw. im Fahrwasser der Unternehmenssteuer wie ein schwer manövrierfähiger Tanker, der sich mit rund 30 Prozent weit über dem Durchschnitt in der EU befindet. Auch der Mittelstand, der laut KfW im Jahr 2018 über 70 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigte, klagt über die hohen Belastungen. Auf diese Ausgangslage prallte Covid-19 mit der Wucht seiner nicht nur gesundheitlich, sondern auch wirtschaftlich bedrohlichen Folgen. Zur Abmilderung der schlimmsten Konsequenzen bediente sich der Staat umfangreicher neuer Schulden. Sind dies nun valide Gründe, die Dauerschraube „Steuern“ weiter anzuziehen? Mitnichten!

Nach der amtlichen Steuerschätzung ist trotz Corona überraschend mit steigenden Einnahmen zu rechnen! Dazu das Bundesfinanzministerium: „In diesem Jahr sind gegenüber der Mai-Schätzung laut Prognose insgesamt keine signifikanten Steuermindereinnahmen zu verzeichnen. ... Im nächsten Jahr

wieder an den Grenzen überprüft werden. Das kann zu Lieferengpässen führen. Allein den Hafen von Dover nutzen jeden Tag mehr als 10.000 Lkw – nur vier Prozent davon müssen zurzeit durch den Zoll. Sollte sich das ändern, droht der Hafen mit Staus von bis zu zwei Tagen zu verstopfen. Gleiches gilt auch für Häfen in der EU.

Der Reiseverkehr ist dann natürlich auch von Zollkontrollen betroffen. Die europäischen Fluggesellschaften verlieren ihre Lizenzen, um aus und in das Vereinigte Königreich zu fliegen. Zwischen der EU und Großbritannien wurden bisher nur Übergangsregeln vereinbart, die bis Ende 2020 gültig sind.

Auch andere Folgen sind für die EU und Deutschland gravierend. Wir verlieren einen wichtigen Handelspartner. Zudem bedeutet der Austritt des drittgrößten Mitgliedslandes, dass der zweitgrößte Nettozahler fehlen wird – mit rund 6 Prozent des EU-Budgets. Der Brexit wird also direkte Auswirkungen auf den EU-Haushalt haben. Aufgefangen werden kann dies



kommt es im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung zu deutlichen Mindereinnahmen, die im Wesentlichen durch die Steuerrechtsänderungen begründet sind.“ In den Jahren 2022 bis 2024 klingen die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen auf das Steueraufkommen aus und können teilweise durch positive gesamtwirtschaftliche Effekte bis 2024 vollends kompensiert werden.

Steuereinnahmen können und sollten auch dadurch gesteigert werden, dass Wachstumshemmnisse beseitigt werden, um die dringend notwendige Luftzufuhr an Liquidität für Privathaushalte, Mittelstand und Industrie zu sichern.

Der beim Bundeskanzleramt angesiedelte Nationale Normenkontrollrat hat in seiner Stellungnahme vom 8. Juli 2020 gefordert, den **Bürokratieabbau als kostenloses Konjunkturprogramm stärker zu nutzen** und zeigte zahlreiche Hebel auf.

Auch die Landesregierung NRW treibt die Entbürokratisierung auch auf Bundesebene voran und hat dazu am 6. Oktober 2020 umfangreiche Vorschläge vorgelegt.

Dazu Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Fast 90 Prozent aller Investitionen kommen von privaten Unternehmen. Wenn wir das unternehmerische Potenzial auch in der Krise freisetzen wollen, brauchen wir neben Konjunkturprogrammen unkomplizierte Regelungen und die Entlastung von unnötiger Bürokratie. Mit schlanken Verfahren schaffen wir damit ein starkes Konjunkturprogramm zum Nulltarif.“

in Form von Ausgabekürzungen und/oder durch Einnahmenerhöhung über eine Verteilung auf die anderen Mitgliedstaaten. Für Deutschland könnte das bedeuten, dass wir ab dem 1. Januar 2021 mehr einzahlen müssen.

Aber Deutschland kann in gewissen Branchen auch von einem Brexit profitieren. So ziehen laut einer Studie von New Financial etwa 40 Finanzfirmen von London nach Frankfurt am Main, wodurch neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

Aber vielleicht gibt es ja doch noch eine Chance, den harten Weg zu verhindern. Mit dem Wahlsieg von Joe Biden bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl hat der britische Premierminister Boris Johnson seinen stärksten Verbündeten Donald Trump verloren. Dieser hatte Großbritannien ein Freihandelsabkommen in Aussicht gestellt. Der kommende US-Präsident ist weder Brexit-Fan noch ein Unterstützer des No-Deal-Brexits.

Durchhalten! Die Zukunft muss nicht schlecht sein!

■ Von Bernhard Kirschbaum, Sprecher der Sektion Bonn/Rhein-Sieg im Wirtschaftsrat der CDU e.V., Verleger

Plötzlich leben wir in erstaunlich bewegten Zeiten. Die Corona-Herausforderungen sind neu, ungewohnt und die Zukunft erscheint auf einmal erheblich weniger gewiss, als die gesamtwirtschaftlichen Zahlen in der Zeit vor der Pandemie es uns glauben machten.

Die wirtschaftliche Verfassung ist seit alters her einer der wichtigsten Faktoren für die Zukunftsfähigkeit und spiegelbildlich auch die Selbstheilungsfähigkeit eines Landes beim Durchstehen von Krisen und für den an sie anschließenden Wiederaufbau.

Natürlich sind wir im Moment wirtschaftlich keineswegs wieder aus dem Tal heraus und schon gar nicht dort, wo wir gerne wären und zur Finanzierung unserer Sozialsysteme auch sein müssten. Gerne wird „Corona“ (im Einklang mit der Kanzlerin) bezeichnet als „die größte Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg“. Für manche, besonders gebeutelte Branchen, ist dies so.

Doch Wirtschaft ist (mindestens) zur Hälfte Psychologie, wusstes schon Ludwig Ehrhard, und bei allen kurzfristigen Umsatzverlusten und Härten, gibt es – gesamtwirtschaftlich gesehen – dennoch positive Perspektiven:

- Der IHK-Konjunkturklima-Indikator der Region hat im 3. Quartal bereits die Hälfte seines Verlustes wettgemacht, der ifo-Geschäftsklimaindex Deutschland im September bereits 4/5. Vielen Unternehmen ist es also gelungen, bereits etliches an Umsatzverlusten aus dem Frühjahr wieder zu kompensieren oder sie sind im Begriff, dies zu tun. Die Börsen als Frühindikatoren sind hoch volatil, aber nicht schlecht. Der Arbeitsmarkt ist regional wie im Bundesdurchschnitt weit entfernt von Zuständen, die seinerzeit zur AGENDA 2010 führten.
- Der im Frühjahr noch gezwungenermaßen umgesetzte Digitalisierungsschub bei der geschäftlichen Kommunikation wird freiwillig fortgeführt und ersetzt auch für „normale“, nicht IT-affine Unternehmen mittlerweile viele Reisetätigkeiten zu notwendigen, aber oft nur mittelmäßig effektiven Treffen. Zudem beschleunigen sich Projekte, weil digitale Zwischentreffen leichter zustandekommen. Allein dieser Produktivitätszuwachs kompensiert auf Dauer so manchen Corona-Verlust.

■ Sowohl in der Politik als auch in den Unternehmen selbst war es an vielen Stellen eine positive Erfahrung, dass unter dem Druck der Umstände plötzlich gemeinsam erheblich schneller und kreativer entschieden und gehandelt werden konnte, als unsere bisherigen Alltagserfahrungen mit Regelungen, Bürokratie oder auch Mitbestimmung es erwarten ließen. Das erzeugt Dynamik und den Anspruch, diese künftig auch an anderen Stellen anzuwenden.

■ Und nicht zuletzt hat „Corona“ auch ein Schlaglicht darauf geworfen, wer sich in schwierigen Zeiten mit wie viel Leistungsbereitschaft und Flexibilität wie stark eingesetzt hat, um den Betrieb oder die Institution „am Laufen zu halten“, weiterhin Kundenbetrieb zu ermöglichen oder seine Aufgaben zu erfüllen – und wer eher am Rande stand. Im sozialen Mikrokosmos von Unternehmen, und hoffentlich auch in Verwaltungen, vergisst man das nicht.

Wichtige Bausteine unserer wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit liegen darin, die gemeinsamen Krisenerfahrungen zu nutzen, um die in gemeinsamer Anstrengung wiedergefundene Dynamik auf allen Ebenen ankommen zu lassen. Einschließlich der kommunalen Verwaltung!

Und auch für Tourismus, Gastgewerbe, Hotellerie, Kultur und Veranstaltungen, die bereits zum zweiten Mal Corona bedingt geschlossen wurden, ist die Zukunft nicht hoffnungslos: Bereits der vielerorts „gute“ Sommer hat gezeigt, dass das Reise- und Erlebensbedürfnis der Menschen ungebrochen ist – Deutschland wurde als Reiseland wiederentdeckt. Da die Corona-bedingten Unsicherheiten für Reisen in das außereuropäische Ausland, Kreuzfahrten in Übersee oder Flugreisen in Länder, aus denen man nicht einfach per Auto zurückkommen könnte, noch länger anhalten dürften, ist die Prognose nicht gewagt, dass Tourismus und Veranstaltungen in Kerneuropa sich gut entwickeln werden und viel Freizeit-Geld erst einmal im Inland ausgeben wird, sobald Corona dies hier wieder zulässt.

Insgesamt gesehen, sind die mittelfristigen Perspektiven also nicht nur schlecht. Wir müssen nur alle bis dahin durchhalten!

Es ist Aufgabe der Politik, das zu ermöglichen!





Foto: © Wolkentratzer

Aus der Ratsfraktion

Bonner Wirtschaft fördern durch stabile Verkehrsinfrastruktur

■ Von Bert Justus Moll, stv. Fraktionsvorsitzender

„Der Verkehr muss fließen“ lautet eine Überschrift aus dem 7-Punkte-Plan der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg für die nächsten Jahre. Die Forderung, dass Verkehre aller Art von Pendlern, Kunden, Lieferanten und Touristen fließen müssen, muss auch Maßstab für die Bonner CDU sein, wenn sie ihrem Anspruch, weiterhin die Partei der sozialen Marktwirtschaft zu sein, gerecht werden möchte. Im Wahlprogramm der Bonner CDU heißt es, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollen, die bestehenden Bonner Unternehmen zu unterstützen und um die Ansiedlung neuer Unternehmen in Bonn zu werben.

Dafür sollen Staus im Verkehr minimiert und Kooperationen zwischen Unternehmen und den Stadtwerken unterstützt werden, um den Arbeitnehmer*innen bessere Mobilitätsbedingungen zu bieten. Nach Auffassung der neuen Bonner Oberbürgermeisterin, Katja Dörner, und ihrer grünen Ratsmehrheit scheinen jedoch die Zeichen der Verkehrspolitik für die Zukunft anders gestellt zu sein. Ihre Forderung nach einer verkehrsfreien Innenstadt und der Verhinderung des seit Jahrzehnten geplanten Ausbaus der BAB 565 und des Tausendfüßlers sowie einer einseitigen Förderung des ÖPNV und des Fahrradverkehrs signalisieren einen drohenden Konflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und einer ideologisch geprägten Verkehrspolitik in Bonn.

Dabei wird nicht nur von den GRÜNEN Folgendes verkannt. Die meisten der über 100.000 täglichen Einpendler nach Bonn werden auch weiterhin auf das Auto angewiesen sein, um ihren Arbeitsplatz in einer angemessenen Zeit zu erreichen. Weder das Fahrrad noch der ÖPNV werden diesem Mobilitätsanspruch genügen. Zwar wird auch mobiles Arbeiten von zu Hause manche Fahrt überflüssig machen. Wollen wir aber die

Bonner Innenstadt als vielfältigen Raum für Arbeit, Handel, Gastronomie und Kultureinrichtungen sowohl für die Bonner Bevölkerung als auch für Gäste erhalten, muss eine gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln sichergestellt bleiben.

Dabei kommt dem Ausbau der BAB 565 nicht nur eine regionale Funktion zu angesichts der Wachstumsraten des Güterverkehrs im Rheinland bis 2030. Schon heute klagen die Unternehmer über kaputte Straßen und Brücken, die oft zu großen Umwegen zwingen. Die rechtzeitige Sanierung und der Ausbau der Autobahn hat auch eine wichtige Entlastungsfunktion für die Bonner Innenstadt. Sollte dies angesichts der auslaufenden Betriebsgenehmigung des Tausendfüßlers für den Schwerlastverkehr in absehbarer Zeit nicht gelingen, dann droht der Bonner Innenstadt der Verkehrsinfarkt. Dieses Szenario ist mit der Bonner CDU nicht zu machen. Vernünftige Verkehrspolitik sieht anders aus: Erhalt der individuellen Mobilität durch Verkehrspartnerschaft auf der Grundlage neuer Technologien flankiert durch eine optimierte Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur, zum Wohl der Wirtschaft und der Umwelt.

Dabei sind Fahrverbote wegen der Überschreitung von Abgasgrenzwerten auf Bonner Straßen derzeit kein Thema mehr. Trotzdem muss die Bonner CDU jetzt mit guten Vorschlägen einen Beitrag dazu leisten, eine Ladeinfrastruktur in Bonn für alternative Antriebsstoffe wie Strom und Wasserstoff zu entwickeln, um auch Unternehmen Anreize für die Investition in umweltgerechte Fahrzeuge zu erleichtern.

Schule in NRW in Zeiten der Corona-Pandemie

Gespräch des AK Landespolitik

mit NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer



■ Von Katharina Becker, Arbeitskreisleiterin Landespolitik

Am 10. November hatte der AK Landespolitik Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, zu einer Gesprächsrunde unter dem Thema „Schule in NRW in Zeiten der Corona-Pandemie – Folgen für Schüler*innen, Lehrer*innen und den Unterrichtsablauf“ zu Gast.

Zu Beginn berichtete Ministerin Gebauer kurz darüber, welche Konsequenzen die aktuelle Lage der Corona-Pandemie für den Schulbetrieb hat. Hierbei ging sie besonders auf das in den Medien vielfach diskutierte „Solinger Modell“ ein, das von der Landesregierung abgelehnt wird. Das „Solinger Modell“ sieht vor, dass ein Großteil der Klassen an weiterführenden Schulen

Für den Fall, dass zum Beispiel aufgrund von Quarantäne-Anordnungen in den Distanzunterricht ausgewichen werden muss, verwies Ministerin Gebauer auf die *Handreichung zur lernförderlichen Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht* des Ministeriums, mit der die Lehrkräfte bei Unterrichtsgestaltung unterstützt werden sollen.

Im Anschluss ging es um das Thema Digitalisierung, das in der Corona-Situation eine neue Bedeutung gewonnen hat. Hier ging Ministerin Gebauer unter anderem auf das Sofortprogramm der Bundesregierung in Höhe von 500 Millionen Euro ein, das die Beschaffung von mobilen Endgeräten für die Schülerschaft vor-



Foto: © Maximilian Scheffler

für einen bestimmten Zeitraum geteilt und die Hälfte vor Ort und die andere Hälfte in Distanz unterrichtet wird. Das Ziel ist, die Infizierten- und Quarantänezahlen möglichst niedrig zu halten, um Schulschließungen zu vermeiden.

Für das nachfolgende Gespräch hatten die Teilnehmenden im Vorfeld die Möglichkeit, ihre Fragen an die Ministerin zu übermitteln. Wie im „Solinger Modell“ vorgesehen, ging es auch hier erneut die Frage der Verringerung der Klassengröße. Gebauer betonte erneut, dass eine pauschale Halbierung der Klassen zum jetzigen Zeitpunkt seitens der Landesregierung abgelehnt wird und der Schulbetrieb aufrechterhalten bleiben soll. Das gelte unabhängig vom Inzidenzwert einer Kommune, da der Inzidenzwert der Kommune noch nicht auf das Infektionsgeschehen in der Schule schließen lasse. Modelle, nach denen der Unterricht versetzt startet, müssten vor Ort erarbeitet und umgesetzt werden.

sieht. Das Land NRW habe weitere 50 Millionen Euro hierfür zur Verfügung gestellt. Diese können nun abgerufen werden. Im Zuge der Diskussion um finanzielle Unterstützungen durch das Land wurde auch die Frage thematisiert, ob man die Schulen durch Lüftungsanlagen, Plexiglasscheiben oder Sonstiges aufrüsten sollte. Auch ging es um das Thema Prüfungen in Zeiten der Corona-Situation. Hierzu führte Ministerin Gebauer aus, dass besonders die Abschlussklassen des kommenden Jahres gestärkt werden müssen, da sie aufgrund des ausgefallenen Unterrichts im Frühjahr besonders viel Lernstoff verpasst hätten.

Zum Schluss hatten die Teilnehmenden noch die Möglichkeit, weitere Fragen zu stellen. Hier wurde unter anderem die teilweise fehlende Kommunikation der Schulen, wenn ein Corona-Fall aufgetreten ist, sowie die Frage, wie man die pädagogischen Erfahrungen durch Ausflüge und Klassenfahrten nachholen kann, thematisiert.

Bonner CDU verliert zwei engagierte Frauen.



Mit dem Tod von Helga Preissing verliert die Bonner CDU ein langjähriges Mitglied, das sich immer mit großem Engagement für andere und das Gemeinwohl eingesetzt hat. Als Mitarbeiterin in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sie bereits Ende der 1960er ihre Berufung bei der CDU gefunden. Als Vorsitzende der Frauen Union im Stadtbezirk Bonn von 2001 bis 2012 hat sie vehement für die Ziele der Frauen Union und die Stärkung der Frauen gekämpft. Dies tat sie auch von 2014 bis 2018 als Beisitzerin im Kreisvorstand der Frauen Union. Aber nicht nur als Funktionsträgerin hat sich Helga Preissing für die Bonner CDU verdient gemacht. Auch ohne Amt und Funktion war sie bis zuletzt hoch engagiert. Erinnern möchten wir z.B. an die Patenschaft für den Spielplatz auf dem Hindenburgplatz und die Spielplatzfeste, die mit zahlreichen Attraktionen bei Kindern und Eltern große Begeisterung fanden. Ihre jährliche „Muttertagsaktion“ – Besuche auf der Wöchnerinnenstation des Johanniterkrankenhauses – lag ihr besonders am Herzen. Hier hat sie bei den jungen Müttern und auch beim Krankenhauspersonal als

Vertreterin der Frauen Union einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Legendar waren auch die Gartenpartys zu den Wahlkämpfen bei der Gräfin zu Solms in Röttgen, die sie perfekt organisierte und über die die Gäste noch lange nachher ins Schwärmen gerieten. Auch die Sommerempfänge der Frauen Union im Haus an der Redoute wurden durch ihr großartiges Engagement zu erfolgreichen Veranstaltungen.

An ihrer Begeisterung für den rheinischen Karneval wollte sie gerne auch andere teilhaben lassen. So vermittelte sie den Frauen gern z.B. die Möglichkeit zur Teilnahme an der Mädchen-Sitzung der Kölner CDU. Durch ihre hartnäckigen Bemühungen gelang es ihr, bei unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament in Straßburg und im Bundestag in Berlin für zahlreiche CDU-Mitglieder und Freunde Politik erlebbar zu machen. Auch das war Helga Preissings Herzensangelegenheit.

Wir werden sie sehr vermissen und ihr Andenken stets bewahren.



In ihrer 51-jährigen Mitgliedschaft hat sich Maria-Theresia van Schewick in verschiedenen Ämtern und Ebenen um die Partei verdient gemacht. Ihre parteipolitischen Wurzeln lagen in der Jungen Union. Schon im Alter von 16 Jahren hat sie dort für christliche Werte gekämpft. Vier Jahre später wurde sie Mitglied der Bonner CDU. Bereits während ihres Studiums sammelte sie auf Bundesebene erste Erfahrungen als stellvertretende Bundesvorsitzende des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Auf der Landesebene war sie seit 2012 aktiv und gehörte bis zum Schluss dem Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen an. Von 2009 bis 2013 war sie stellvertretende Kreisvorsitzende der Bonner CDU, von 2011 bis 2013 zugleich Vorsitzende des CDU Stadtbezirksverbandes Bonn.

In der christdemokratischen Familie lagen ihr besonders die Anliegen der Frauen, der Arbeitnehmerschaft und der Aussiedler am Herzen. Dies unterstreicht ihr Wirken im Landesvorstand der Frauen Union (FU) von 2009 bis 2013, als FU-Betriebsvorsitzende von 2014 bis 2018, als FU-Kreisvorsitzende von 2008 bis 2014 sowie als stellvertretende Landesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung seit 2013 und stellvertretende Kreisvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft seit 2015.

Wir verlieren mit Maria-Theresia van Schewick eine überzeugte Christdemokratin, die mit Leidenschaft bislang unkonventionell und geradlinig für Ihre Überzeugungen einstand.

Aufstellungsversammlung für die Bundestagswahl 2021

Der Kreisvorstand hat beschlossen, die Aufstellungsversammlung für die Bundestagswahl am **27. Februar 2021** durchzuführen. Dort nominieren die wahlberechtigten Mitglieder der CDU in Bonn die Direktkandidaten für die Bundestagswahl im kommenden Jahr.

Wahlberechtigt bedeutet dabei

- An der Wahl des Wahlkreisbewerbers zur Bundestagswahl kann sich nur beteiligen, wer Mitglied der CDU Deutschlands ist, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens drei Monaten vor der Versammlung in der Bundesrepublik Deutschland sowie am Tag der Versammlung in Bonn eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich dort aufhält und nicht vom Wahlrecht, etwa in-

folge eines Richterspruchs oder Anordnung eines Betreuungsverhältnisses, ausgeschlossen ist.

- Wählbar zum Deutschen Bundestag ist gemäß § 15 Bundeswahlgesetz, wer am Wahltag Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Nicht wählbar ist, wer nach §13 Bundeswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder infolge eines Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten werden in der Januar/Februar-Ausgabe des Union Kuriers bekannt gemacht. Eingeschlossen für die Beiträge der gemeldeten Kandidatinnen und Kandidaten zur Bekanntmachung im Union Kurier ist der 15. Januar 2021.

Veranstaltungen und Termine

01.12.2020 · 19:00 Uhr

OV Plittersdorf – Bürgertreff

📍 Schaumburger Hof | Am Schaumburger Hof 10
53175 Bonn

01.12.2020 · 19:00 Uhr

AK Bundespolitik – Bürgeroffene Sitzung

Anmeldung unter ak-bund@cdu-bonn.de

02.12.2020 · 19:00 Uhr

OV Lannesdorf/Pennenfeld – Bürgerstammtisch

📍 Lannesdorfer Hof

02.12.2020 · 21:00 Uhr

OV DoGroKess – Mitgliederoffene Vorstandssitzungen
per Webex

02.12.2020 · 19:00 Uhr

OV Hochkreuz – Mitgliederoffene Vorstandssitzung
per Webex

04.12.2020 · 20:30 Uhr

OV Beuel-Ost – Bürgersprechstunde mit

Stv. Reiner Burgunder und Bzv. Hans Seidl

📍 Zum Treppchen | Marktstr. 8 | 53229 Bonn

08.12.2020 · 20:00 Uhr

OV Baumschulviertel/Südstadt – Bürgertreff

📍 Hotel Bristol | Prinz-Albert-Straße 2 | 53113 Bonn

10.12.2020 · 19:00 Uhr

MIT Bonn – Digitale Kreisvorstandssitzung

12.12.2020 09:30 Uhr

OV Muffendorf/Heiderhof – Infostand

📍 Heiderhof Center Bonn | Akazienweg 2-10 | 53177 Bonn

12.12.2020 · 11:00 Uhr

OV Lannesdorf/Pennenfeld – Bürgersprechstunde
mit Feyza Yildiz

📍 Edeka in Lannesdorf | Kirchberg 2 | 53179 Bonn

Sie haben Anregungen für die zukünftige Arbeit der CDU Bonn? Dann schreiben Sie unserer Arbeitsgruppenleitung Dr. Ulrike Hospes (ulrike.hospes@gmx.de) und Christian Weiler (cweiler1110@gmail.com)

12.12.2020 · 12:30 Uhr

OV Lannesdorf/Pennenfeld – Bürgersprechstunde
mit Feyza Yildiz

📍 Netto Pennenfeld | Max-Planck-Str. 2 | 53177 Bonn

16.12.2020 · 19:00 Uhr

OV Lannesdorf/Pennenfeld – Bürgerstammtisch

📍 Hopfenstube | Max-Planck-Straße 53 | 53177 Bonn

16.12.2020 · 20:00 Uhr

OV Duisdorf – Mitgliederoffene Vorstandssitzung

17.12.2020 · 20:00 Uhr

CDA Bonn – Digitale Veranstaltung „Wen favorisieren
die CDA Delegierten auf dem CDU Bundesparteitag als
neuen CDU Parteivorsitzenden“

Anmeldungen an cda-kv-bonn@t-online.de

19.12.2020 · 11:00 Uhr

OV Friesdorf – Bürgerdialog mit Bzv. Jens Röskens

📍 Klufferplatz | 53175 Bonn

19.12.2020 · 11:30 Uhr

OV Duisdorf – Infostand

📍 Am Schickshof/Brunnen | Am Schickshof | 53123 Bonn

21.12.2020 · 17:00 Uhr

OV LiKüRa – Bürgergespräch

📍 Hotel Zur Post | Königswinterer Str. 309 | 53227 Bonn

OV Venusberg/Ippendorf

Vorsitzender:	Ingo Schulze M.A
Stv. Vorsitzende:	Dr. Hartmut Giese und Georg Goetz
Schatzmeister:	Daniel Gerhards
Schriftführer:	Winfried Kreutzwald
Organisationsleiter:	Daniel Magee
Mitgliederbeauftragter:	Felix März
Beisitzer:	Oda Döring, Prof. Dr. Rainer Schalus, Dr. Gabriele Schmidt-Wolf und Dr. Klaus Thimm

Bei all unseren Terminen gilt: **Die Gesundheit geht vor!** An den Infoständen, Bürgersprechstunden und Veranstaltungen beachten wir die Maßgaben der aktuell gültigen Corona-Schutzverordnung. Wir freuen uns auf den Kontakt mit Ihnen – natürlich mit Mund-Nasen-Schutz und unter Einhaltung des empfohlenen Sicherheitsabstandes. Ob die Präsenztermine stattfinden können, kann leider immer nur kurzfristig und unter Beachtung des aktuellen Infektionsgeschehens beurteilt werden. Nehmen Sie dafür bitte telefonisch oder per Email Kontakt zu den Gliederungen und Vereinigungen oder der Kreisgeschäftsstelle auf.

Zudem bitten wir Sie weiterhin, die Kreisgeschäftsstelle nicht aufzusuchen, wenn dies nicht ebenfalls zwingend erforderlich ist.

Das Team der KGS ist vor Ort und steht Ihnen gerne per Telefon unter 0228/917780 oder E-Mail unter info@cdu-bonn.de mit Rat und Tat zur Seite.



Foto: © MICHAELA ZOLAKOVA / freepik.com

Die Bonner CDU
wünscht Ihnen und Ihren Familien
ein fröhliches Weihnachtsfest und
ein glückliches neues Jahr!

Bitte hier abtrennen

1 Jahr neuer Unionkurier – Ihre Meinung ist uns wichtig

Wie ist Ihr Eindruck zum neuen Layout?

- Sehr positiv
- Positiv
- Negativ
- Sehr negativ

Neu ist auch die Schwerpunktsetzung der Themen für die Ausgaben. Welche Themen interessieren Sie in der Zukunft?

Hand aufs Herz: Lesen Sie unser Magazin oder informieren Sie sich über andere Kanäle über die CDU Bonn?

- Unionkurier
- Soziale Medien (Facebook und Instagram)
- Sonstiges: _____

Brauchen wir nach wie vor ein Mitgliedermagazin oder reicht Ihnen eine digitale Version?

- Das Mitgliedermagazin sollte beibehalten werden
- Ich würde eine digitale Version bevorzugen
- Eine Hybrid-Lösung wäre ideal
- Sonstiges: _____

Bitte, wenden

**Die Kreisgeschäftsstelle ist
vom 21. Dezember 2020 bis
zum 3. Januar 2021 geschlossen.**

 www.cdu-bonn.de
 facebook.com/cdu-bonn
 instagram.com/cdu_bonn

Herausgeber

CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63
53115 Bonn
Telefon 0228 91 77 80
Telefax 0228 91 77 888
E-Mail unionkurier@cdu-bonn.de
www.cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX
IBAN: DE19370501980031026008

Redaktion

Stephan Masseling (v.i.S.d.P.), Alisa Topp

Bildrechte:

CDU-Kreisverband Bonn

Titelbild:

© Giacomo Zucca / Bundesstadt Bonn

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag, Layout & Druck:

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon 02226 802-0
Telefax 02226 802-111
E-Mail info@ubgnet.de
Web www.ubg365.de

Hinweise:

Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

Die in der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt an: **unionkurier@cdu-bonn.de**! Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

Redaktionsschluss 15. Januar 2021

Für die Doppelausgabe Februar/März des Union Kuriers 2021. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. April 2021 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter www.cdu-bonn.de

Was wünschen Sie sich?

Wir freuen uns auf Ihr Feedback! 😊

Einfach per Scan oder Post an die Kreisgeschäftsstelle.



Bitte
ausreichend
frankieren

Antwort

CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63
53115 Bonn